

Demokratieförderung 2020



Der Begleitausschuss der Partnerschaft der Hansestadt Stendal und ihrer Ortsteile ist ein Zusammenschluss von insgesamt Personen aus Vereinen, Initiativen, Jugendforum, Fraktionen des Stadtrates sowie der Stadtverwaltung. Wir werden unterstützt von der Hansestadt Stendal und dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“, welches vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird. Unsere Initiative zielt auf die Stärkung von Demokratie und Vielfalt und möchte menschenverachtenden Ideologien entgegentreten. Wir unterstützen alle, die hieran mitwirken wollen. **Unsere Fachstelle berät Sie gern:**

KinderStärken e.V.

Institut an der Hochschule Magdeburg-Stendal

Tel.: 03931 2187 4878

E-Mail: pfd-stendal@kinderstaerken-ev.de

Web: www.demokratie-stendal.de

Facebook: www.facebook.com/demokratiestendal/

Allen, die sich mit uns für die Stärkung von Demokratie und Vielfalt in der Hansestadt Stendal einsetzen wollen, bieten wir Unterstützung an.

Aktionen **bis zu 800€** können **fortlaufend beantragt** werden.

Bis zu **5000€** können Vereine mit „ordentlicher Geschäftsführung“ beantragen¹. Es gilt folgende **Bewerbungsfrist: 28.02.2019**. Der **Begleitausschuss** der Partnerschaft für Demokratie der Hansestadt Stendal **entscheidet im März** über die Förderung der eingereichten Aktionen.²

Näheres regelt das Antragsformulare unter: www.demokratie-stendal.de

Bitte beachten Sie: Es besteht kein Anspruch auf Erhalt der Finanzierung. Ihre Anfragen werden geprüft und gemäß der Projektziele und [Leitlinien des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“](#) sowie der Förderbestimmungen des Bundes bewertet und entschieden. **Wir empfehlen, sich von unserer Fachstelle beraten zu lassen!**

¹ In Ausnahmefällen kann der Begleitausschuss für Aktionen mehr als 5000,00€ bewilligen.

² Der Umsetzungszeitraum liegt in der Regel zwischen dem 01.04.2020 – 30.09.2020. In Ausnahmefällen kann die Umsetzung vor dem 01.04.2020 beginnen. Näheres Regelt der Zuwendungsbescheid oder der Weiterleitungsvertrag.

Ziele:

Leitziel: Alle Bewohner*innen können sich gleichberechtigt in die demokratischen Entscheidungsprozesse zur Gestaltung des Lebens in der Hansestadt Stendal und den Ortsteilen einbringen. Um das zu erreichen, verfolgen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung der Hansestadt Stendal und ihrer Ortsteile folgende Teilziele/Strategien:

1. Verbesserung des Verständnisses und Interesses aller Bevölkerungsgruppen an demokratischer Teilhabe und Mitbestimmung. Maßnahmen werden gefördert, die

...

- 1.1. ... dazu beitragen, dass Bewohner*innen Stendals ihre menschen- und Grundrechte kennen sowie den Wert demokratischer Verhältnisse und gesellschafts-/politischem Engagements für sich erkennen.
- 1.2. ... Menschen motivieren, ihr Recht auf gesellschaftspolitische Teilhabe und Engagement sowie kommunalpolitische Mitbestimmung zu nutzen.
- 1.3. ... innovative Möglichkeiten zur Beteiligung von Bürger*innen an demokratischen Entscheidungen auf kommunaler Ebene schaffen.
- 1.4. ... zur Erhöhung der Wahlbeteiligung beitragen.

2. Verbesserung der Chancengleichheit verschiedener Bevölkerungsgruppen zur Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen. Maßnahmen werden gefördert, die ...

- 2.1. ... dazu beitragen, dass alle Bevölkerungsgruppen als gleichwertiger Teil unserer Gemeinschaft wertgeschätzt werden und dazu Begegnung und Austausch zwischen verschiedensten Menschen sowie Verständnis, Fachwissen, Anlässe, Begegnungsorte und Treffpunkte schaffen.
- 2.2. ... Diskriminierung und Ausgrenzung kritisch und fachlich bearbeiten. Dazu gehört insbesondere die Abwertung von erwerbslosen bzw. von Armut betroffener Menschen.
- 2.3. ... dazu beitragen, Mitbestimmung für Menschen zu ermöglichen, die gesetzlich nicht an freien Wahlen teilnehmen und sich nicht in Parlamenten engagieren dürfen (bspw. Kinder und Jugendliche aber auch in Stendal lebende Ausländer).
- 2.4. ... zu einem gleichberechtigten Verhältnis zwischen den Ortsteilen und der Hansestadt Stendal beitragen.

3. Erhöhung der Kompetenzen und des Engagements zur kritischen Auseinandersetzung mit Ideologien, die sich gegen demokratische Grundwerte richten (bspw. Rechtsextremismus). Maßnahmen werden gefördert, die ...

- 3.1. ... Institutionen und Personen befähigen und motivieren, diskriminierende, menschen- und grundrechtsverachtende und demokratiefeindliche Ideologien zu erkennen und sich dagegen einzusetzen.
- 3.2. ... dazu beitragen, diesen Ideologien öffentlich zu widersprechen.

Wir freuen uns auf Ihre Ideen und beraten Sie gern!

Koordinierungs- u. Fachstelle



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms

